

## Buchbesprechungen

*Hans-Hermann Francke* und *Dieter Friedrich*: Zinswirkungen der Staatsverschuldung – Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Abteilung A: Wirtschaftswissenschaft, Bank 120), Duncker & Humblot, Berlin 1984, 138 S., DM 68,-.

Zu der kontroversen Debatte der komplexen Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine zunehmende Staatsverschuldung zu steigenden oder auf hohem Niveau rigiden Zinssätzen führen kann, steuern die beiden Autoren für die Jahre 1970 bis 1980 eine ökonometrische Untersuchung bei, die über die Ergebnisse der Modellrechnungen hinaus einige interessante Schlaglichter auf die bisher relativ wenig beachtete Rolle von Veränderungen der Zinsstruktur für den monetären Prozeß wirft. Die Arbeit geht von den Hypothesen aus,

- daß sich bei wachsender Staatsverschuldung das Anlageverhalten des Publikums verändert, und
- daß saldenmechanische Verknüpfungen und zeitliche Verzögerungen bei diesen Vorgängen zu beachten sind.

Als entscheidenden Punkt stellen *Francke* und *Friedrich* heraus, daß die zunehmende öffentliche Kreditaufnahme offenbar zu einer wachsenden Zinsempfindlichkeit der privaten Nichtbanken geführt hat. Dies wirkte sich vor allem in zwei Richtungen aus. Einmal traten bei den Unternehmen bestimmte Finanzinvestitionen in Konkurrenz zu realen Investitionen. In Übereinstimmung mit einzelnen, aus Bilanzveröffentlichungen bekannten Tatsachen stellen die Autoren allgemein eine „deutliche Neigung“ der Unternehmen zu finanziellen Anlagen – ergänzend: im In- und Ausland – fest. Freilich gibt es im Unternehmenssektor bei der Finanzierung in der Regel Spreizwirkungen; so auch diesmal. Der Verzicht eines Teils der Unternehmen auf reale Investitionen hat bei anderen Unternehmen Einnahmefälle und infolgedessen oft eine verstärkte Kreditnachfrage zur Folge. In der Studie wird dazu festgestellt, daß besonders in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums Realinvestitionen (vermutlich in erster Linie Ersatzinvestitionen!) häufiger durch Kreditaufnahme finanziert werden. Diese Zusammenhänge bedürfen noch einer stärkeren Durchleuchtung.

Entgegen manchen Empfehlungen aus der Finanzwissenschaft stellen *Francke* und *Friedrich* ferner fest, daß die Verschuldung des Staates auf dem Kreditmarkt, gemessen an den ökonometrischen Ergebnissen, sinnvoller ist als öffentliche Wertpapieremissionen. Die zinserhöhende Wirkung der öffentlichen Verschuldung ist bei der Kreditaufnahme bei Banken (Buchkredite, Schuldscheindarlehen) geringer; sie ist also billiger – auch dies ein Ergebnis, das die Praxis bestätigt.

Die seit zwei Jahrzehnten verstärkte Zinsvarianz, das heißt die größere Beweglichkeit des allgemeinen Zinsniveaus, hat zu einer drastischen Verkürzung der vereinbar-

ten Anlegungsfristen geführt. In Verbindung mit der seit 1970 festgestellten Zunahme der Zinssensibilität des Publikums folgen daraus häufige und in ihren monetären Konsequenzen noch nicht hinreichend untersuchte Veränderungen der Zinsstrukturen sowohl bei Krediten als auch bei Anlagen. Dazu braucht man nicht nur an die seltsamen Perioden der „inversen Zinsstruktur“ (Mitte 1973 bis Mitte 1974 und zweite Hälfte 1979 bis zweite Hälfte 1982) zu erinnern, sondern schon an den simplen Umstand, daß etwa kurzlaufende (öffentliche) Schuldtitel die Funktion von hochverzinslichen Liquiditätsreserven übernehmen. In den Jahresberichten des Verbandes öffentlicher Banken sind in den erwähnten Jahren zu diesen Phänomenen interessante Bemerkungen gemacht worden, die eine Vertiefung verdienen.

Vielleicht ist die ökonometrische Arbeit von *Francke* und *Friedrich* ein Anstoß hierzu. Auf jeden Fall zeichnet sie sich vor vielen ähnlichen Rechnungen durch einen begrüßenswerten Grad von Realitätsrelevanz und – wenn man es richtig versteht – sogar durch Politikbezug aus.

Wolf-Dieter Becker, Aachen

*Paul Jansen*: Das Inflationsproblem in der Zentralverwaltungswirtschaft, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftssystemen, Heft 31, hrsg. von G. Gutmann, H. Hamel, K. Pleyer und A. Schüller, Stuttgart, New York 1982, 319 S., DM 38,-.

Häufig wird Inflation als ein Problem sozialistischer Planwirtschaften gelegnet, da die zentrale Planung von Güterangebot, Einkommen und Preisen das Entstehen anhaltender Ungleichgewichte im monetären Bereich verhindern könne. Dem setzt *Jansen* mit seiner Arbeit die These entgegen, daß in sozialistischen Planwirtschaften Inflation nicht nur möglich ist, sondern daß eben aus der Funktionsweise dieser Systeme eine Tendenz zu inflationären Phänomenen folgt. Der Autor will „losgelöst von Zeit und Raum solche Faktoren benennen, die inflationäre Prozesse in administrativ sozialistischen Staaten auslösen oder begünstigen können“ (S. 2). Wer nun eine Theorie der Inflation in sozialistischen Planwirtschaften (die meines Wissens noch nicht vorliegt) erwartet oder eine Auseinandersetzung hinsichtlich der Übertragbarkeit westlicher Inflationstheorien, wird enttäuscht werden. Die Arbeit enthält eine gut lesbare, systematisch angelegte Beschreibung von Inflationsphänomenen und Inflationsquellen im Kontext länderübergreifend gesehener, sozialistischer Wirtschaftspraxis. Auf dieser deskriptiven Ebene liegt meines Erachtens der eigentliche Wert der Arbeit.

Die (zu) geringe Gewichtung von Theorie wird schon im ersten Teil deutlich, in dem die Ausführungen zum Inflationsproblem aus der Sicht der politischen Ökonomie des Sozialismus der aktuellen Theoriediskussion nicht entsprechen. Hingegen ist die anschließende systematische Darstellung empirischer Erscheinungsformen von Inflation geradezu als eine umfassende Typologie inflationärer Phänomene in sozialistischen Planwirtschaften zu betrachten. Hier zeigt *Jansen* zunächst auf, daß auch in den sozialistischen Volkswirtschaften des Ostblocks ein zwischen einzelnen Ländern und im Zeitablauf unterschiedliches Maß an offener Preisinflation existiert (mit Ausnahme der DDR). Ergänzt werden diese Daten – mit Bezug auf die Sowjetunion – durch Hinweise über Bedeutung und Ausmaß der versteckten Inflation, ein Problem, welches im Grundsatz, wenn auch nicht in dem Ausmaß, für die Inflationsmessung in Marktwirtschaften ebenfalls eine Rolle spielt. Für die DDR lassen sich entsprechende

Hinweise aus Veröffentlichungen des DIW anführen. Systemtypisch und im alltäglichen Leben spürbar sind die mit dem Begriff „zurückgestaute Inflation“ belegten Kaufkrafteinbußen, die aus nicht verwendbarer Kaufkraft bei staatlich fixierten Konsumgüterpreisen resultieren. In der Existenz unbestreitbar, bereitet die exakte Erfassung des Ausmaßes an zurückgestauter Inflation große Schwierigkeiten. *Jansen* beschreibt ihre Bedeutung sowohl phänomenologisch (legale und illegale freie Märkte, Korruption, Kommerzläden, Rationierung, Warteschlangen), als auch durch Quantifizierung in Form von Zeitreihen-Vergleichen einzelner Indikatoren (Subventionen, Spareinlagen der Bevölkerung im Verhältnis zu anderen gesamtwirtschaftlichen Größen). In diesem Zusammenhang verdient das Meßkonzept der Kassenhaltungsinflation besondere Beachtung, welches der Verfasser für die DDR und Polen bis zum Jahre 1980 fortrechnet. Zu Recht faßt der Autor die Diskussion um Aussagefähigkeit und Anwendungsbedingungen der Meßkonzepte zur Erfassung der zurückgestauten Inflation in dem Urteil zusammen, daß eine exakte Messung bis heute nicht gelungen ist.

Im zweiten Teil der Arbeit will der Verfasser das Inflationsproblem ursächlich auf grundlegende Funktionsprinzipien der sozialistischen Planwirtschaften zurückführen. Westliche Inflationstheorien werden – meines Erachtens nicht hinreichend begründet – als für die Erklärung ungeeignet zurückgewiesen. *Jansen* greift – nach einer knappen Anmerkung zu dem von *Hensel* wohldefinierten Modell der idealtypischen Zentralverwaltungswirtschaft – auf den Begriff „realtypische Zentralverwaltungswirtschaften Mittel- und Osteuropas“ zurück, ohne diese allerdings in den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu definieren und voneinander abzugrenzen. In pragmatischer Orientierung an einem impliziten Modell analysiert der Verfasser den Prozeß der Planung und Planausführung, indem er die einschlägige Literatur zu Funktionsproblemen sozialistischer Planwirtschaften systematisch unter der Fragestellung inflationsfördernder Ergebnisse des Wirtschaftsprozesses auswertet. Dieses Vorgehen bedingt, daß die umfassende Beschreibung möglicher Inflationsursachen nicht ohne weiteres zur Erklärung der im ersten Teil empirisch belegten Inflationsphänomene dienen kann. Die Ausrichtung der Ursachenanalyse am Modell „realtypischer Zentralverwaltungswirtschaften“ läßt nicht nur wichtige Unterschiede in der institutionellen Ausgestaltung der Wirtschaftssysteme in ihrem jeweiligen Beitrag zum Entstehen inflationärer Prozesse verschwinden, es wird auch davon abgehoben, daß Inflation das Ergebnis einer spezifischen wirtschaftspolitischen Strategie oder spezifischer Rahmenbedingungen, also exogener Faktoren, sein kann. So können beispielsweise die Inflationsraten in der Sowjetunion bis nach dem Zweiten Weltkrieg nicht unabhängig von Entscheidungen über die Art und Weise der Verteilung der Lasten der gewählten Industrialisierungsstrategie und der Kriegslasten erklärt werden. Der Autor konzentriert sich auf die Analyse endogener Inflationsursachen. Er beschreibt grundlegende Probleme der Planerstellung und der Planausführung durch die Betriebe auf dem Hintergrund unvollständiger Information und unterschiedlicher Interessen und spezifiziert diese für einzelne Planungsbereiche (Planung des realwirtschaftlichen Bereichs, Preisplanung und Preisbildung, Planung des monetären Bereichs, Planung des Außenwirtschaftsverkehrs). So deckt er eine Vielzahl möglicher Inflationsquellen auf. Neben der Herausarbeitung binnenwirtschaftlich und außenwirtschaftlich verursachter Kostensteigerungen und von Mängeln der Geld- und Preisplanung bemüht sich der Verfasser durchgängig um die Stützung der zentralen These, daß das Ergebnis des Wirtschaftsprozesses in Planwirtschaften durch

Tendenzen der Nichterreicherung realwirtschaftlicher Planziele im Konsumgüterbereich bei gleichzeitiger Überschreitung der Einkommensziele geprägt ist. Diese Tendenzen zu Ungleichgewichten werden insbesondere in Verbindung mit dem Planausführungsverhalten der Betriebe überzeugend belegt. Allerdings wäre eine Akzentuierung dieser Diskussion unter den Aspekten struktureller, bzw. globaler, anhaltender, bzw. vorübergehender, gleicher, bzw. wechselnder und im Ausmaß zunehmender, bzw. abnehmender Ungleichgewichte wünschenswert gewesen, um den Zusammenhang zwischen der Tendenz zu Ungleichgewichten und dem Problem der zurückgestauten Inflation stringenter zu fassen.

Nicht überzeugend ist meines Erachtens die abschließende Erörterung zu den Beziehungen zwischen Rechtssystem und Inflation. Das Rechtssystem ist nicht nur in der bisherigen Analyse enthalten, sondern diese hat auch schlüssig nachgewiesen, daß eine wesentliche Ursache für das Entstehen inflationärer Tendenzen in dem Auseinanderfallen von formaler und faktischer Kompetenzverteilung liegt.

Diese Anmerkungen sollen den Wert dieser auch für Nichttheoretiker gut lesbaren Arbeit nicht schmälern. Sie bietet im ersten Teil eine ihresgleichen suchende, umfassende Beschreibung von empirisch beobachtbaren, wenn auch nicht immer exakt zu messenden Inflationsphänomenen und enthält im zweiten Teil eine auch für den mit der einschlägigen Literatur nicht vertrauten Leser leicht verständliche Zusammenstellung möglicher, aus dem Lenkungsmechanismus planwirtschaftlicher Systeme ableitbarer Inflationsursachen.

Gerd-Jan Krol, Münster

*Klaus Gretschmann, Rolf G. Heinze und Bernd Mettelsiefen (Hrsg.): Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1984, 262 S., DM 52,-.*

Die Karriere eines Themas hängt fraglos nicht allein von dessen empirischem Stellenwert ab. Dennoch kann man den hohen Aufmerksamkeitsgrad, der nun seit geraumer Zeit dem Gegenstand Schattenwirtschaft von Journalisten, Ökonomen und Soziologen entgegengebracht wird, sicherlich auch mit ihrem (relativen) Bedeutungszuwachs in Verbindung bringen. (Obwohl etwa die These von deren Ausweitung – wie so vieles bei diesem Thema – wiederum umstritten ist.) Die hohe publizistische Attraktivität, die wohl auch mit dem leicht obskuren, halbseidenen Charme des Erkenntnisobjektes zusammenhängt, läßt vermuten, daß hier einiges an Informationsbedarf zu befriedigen ist. Aus wirtschaftspolitischem Blickwinkel sind diese heimlichen, nicht erfaßten ökonomischen Aktivitäten nicht allein aufgrund möglicher Einbußen bei den Steuereinnahmen oder (zumindest denkbarer) Entlastungswirkungen auf der Ausgabe Seite der öffentlichen Haushalte belangvoll. Eine zielgenaue Wirtschaftspolitik setzt zu allererst eine treffsichere Lageeinschätzung voraus.

Vor diesem Hintergrund ist das Bemühen einiger jüngerer Ökonomen und Soziologen, in einer „interdisziplinären Problemschau“ (S. 7) den Stand der Diskussion zum Thema aufzuzeigen und Perspektiven der Forschung zu skizzieren, rundweg verdienstvoll. Der Reader erfüllt darüber hinaus die Aufgabe – nicht zuletzt dank der gründlichen Aufarbeitung der Literatur –, einen orientierenden Einstieg zu ermöglichen. Dies ist vor allem für Studenten wichtig, weil die Flut der Arbeiten zum Thema mittlerweile so hoch trägt, daß sie ein inhaltliches Interesse leicht zu überschwappen vermag.

Auf einen einführenden Überblick (*K. Gretschmann / B. Mettelsiefen*) folgen – im ersten, ökonomischen Hauptteil – Erklärungen des Zusammenhangs von Steuerlast und wahrheitsgetreuer Einkommensdeklaration (*B. Mettelsiefen*), Überlegungen zum einzelwirtschaftlichen Kalkül beim Angebot an illegaler Arbeit und Mehrfachbeschäftigung (*P. de Gijzel*) sowie eine breit angelegte Einschätzung der Wohlfahrts-effekte schattenwirtschaftlicher Aktivitäten (*K. Gretschmann*). Im zweiten Teil diskutiert *R. G. Heinze*, ausgehend von der insbesondere in der Soziologie prominent gewordenen *Hannah-Arendt*-These (der Erwerbsgesellschaft gehe die Erwerbsarbeit aus), den Stellenwert, den selbstorganisierte, informelle Tätigkeiten haben könnten. *R. Schettkat* stellt Überlegungen zu den Besonderheiten und Gründen der Haushaltsproduktion und Eigenarbeit an, und er fragt nach ihrer relativen Bedeutung und ihren Perspektiven im Vergleich zur „normalen“ Erwerbsarbeit. Im dritten Teil untersucht *H. Weck-Hannemann* mittels eines konzise erläuterten Schätzverfahrens („weiche Modellierung“) die Einflußfaktoren und relative Größe der Schattenwirtschaft in 17 OECD-Ländern. *M. O’Higgings* kommt bei seiner Arbeit zur Messung der Schattenwirtschaft in Großbritannien zum etwas resignierten Schluß, daß „(d)ie Forschungsbemühungen der letzten drei Jahre wenig dazu beigetragen haben, die alte Gleichung zu widerlegen, nach der die Anzahl der Standpunkte = Anzahl der Ökonomen + 1 ist“ (S. 210). *B. Dallago* informiert, unter Berücksichtigung der wesentlichen Fragestellungen, über die Entwicklung der italienischen Schattenwirtschaft. Den Abschluß des Readers bilden vor dem ungarischen Erfahrungshintergrund gewonnene Thesen *Peter Galasis* über die marktwirtschaftliche Nutzung planfreier Räume in den Zentralverwaltungswirtschaften Osteuropas.

Selbstverständlich findet man auch Kritikwürdiges: Der Druckfehlerteufel konnte trotz Korrekturlesens nicht ganz ausgetrieben werden; etwa im Literaturverzeichnis: So heißt z.B. einer der Mitautoren von Herrn *Fröbel Kreye*; *Charles Sabel* hat sein Buch erst 1982 herausgebracht; hinzu kommen gelegentliche Schreibfehler bei französischen und italienischen Titeln. Hier wäre eine genauere Überprüfung deshalb schon wünschenswert gewesen, weil einiges an nicht leicht zugänglicher und zum Teil grauer Literatur zitiert wird. Ein stichprobenartiges Checken von aus anderen Quellen zitierten Zahlen blieb ohne Fehlernachweis; und auch die Modelle weisen keine Schreib- oder, soweit sie durchgerechnet sind, Rechenfehler auf. Hier bieten sich – allerdings fruchtbare – Auseinandersetzungen über Spezifikation und Strickmuster der Modellierung an.

Inwieweit der Anspruch eines interdisziplinären Programms eingelöst wurde, ist schwer auszumachen (nicht zuletzt, weil man wegen der zu erfüllenden Kriterien unsicher ist). Jedenfalls verraten die einzelnen Beiträge immer die fachliche Perspektive des jeweiligen Autors. Das ist keineswegs von Nachteil. Denn auch aus einer am Baukastenprinzip orientierten Darstellung vermag sich ja eine über die Fachgrenzen hinweg reichende Gesamtschau zu ergeben. Gelegentliche Überlappungen bei den Beiträgen könnte man damit rechtfertigen, daß jeweils andere Blickwinkel eingenommen wurden (Theorie des Schwarzarbeitsangebotes bei *B. Mettelsiefen* und *P. de Gijzel*). Zum Teil ergeben sich aber auch schlichte Wiederholungen (Diskussion der Meßansätze in drei Beiträgen), die keine zusätzlichen Erkenntnisse abwerfen. Unklar bleibt, nach welchen Kriterien (Verfügbarkeit der Beiträge?) die Länderstudien ausgewählt wurden. Wenn man hier etwas vermißt, hängt dies auch immer mit persönlichen Vorlieben zusammen. Wie dem auch sei: In Frankreich wurde jedenfalls Ende der 70’er Jahre, noch unter Präsident *Giscard* und auch aufgrund von Vorschlägen

des jetzigen EG-Präsidenten *Delors*, die *économie cachée* arbeitsmarktpolitisch in Dienst genommen. Überhaupt deuten international vergleichend angelegte Studien darauf hin, daß unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Regimes und Reaktionen nationale Besonderheiten in Entwicklung, Bedeutung und Struktur der Schattenwirtschaft plausibler machen.

Gerade weil einige Autoren ohne alle methodologische Scheu normative, politisch praktische Fragen für wissenschaftlich diskutierbar halten (besonders *K. Gretschmann* u. *R. G. Heinze*), und ihre Präferenzen dabei offenlegen, reizt das Buch zum Fragen und zum politischen Disput. Da es zuvor über seinen Gegenstand sachkompetent informiert, schafft es aber auch die Grundlage dazu.

Hans-Helmut Kotz, Röhl

*Norbert Berthold* und *Bernhard Kulp*: Regelgebundene Rentenanpassung als Mittel zur langfristigen Sanierung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Sozialpolitische Schriften, Heft 44. Duncker & Humblot, Berlin 1984. 217 Seiten, DM 66,-.

OECD: Social Expenditure 1960 - 1990. Problems of Growth and Control. OECD Publications & Information Centre, Bonn 1985. 97 Seiten, DM 33,-.

Die Arbeit von *Berthold* und *Kulp* gehört zu der inzwischen schon langen Reihe von Untersuchungen über die Auswirkungen der Veränderungen im „generativen Verhalten“ der deutschen Bevölkerung auf Rentenhöhe und Rentenfinanzierung. Sie ist auch aus geld- und kreditpolitischer Sicht interessant, weil bei den Lösungsansätzen die Rückwirkungen der verschiedenen Finanzierungsmodelle auf Kapitalbildung und die Kapitalmärkte mit untersucht werden. Dabei gehen die Verfasser im wesentlichen von den traditionellen Vorstellungen über den Zusammenhang zwischen Geldvermögensbildung und Realkapitalbildung (Investitionstätigkeit) aus; sie kommen von hier aus zu einer Relativierung der These *Mackenroths*, daß die Ausgaben für Sozialleistungen nur aus dem jeweils gegenwärtigen Sozialprodukt gedeckt werden können (vgl. S. 125/26). Andererseits wird aber auch darauf hingewiesen, daß der Lebensunterhalt der „Nicht-mehr-Erwerbstätigen“ um so leichter „aus dem laufenden Sozialprodukt finanziert werden“ kann, je höher das „Wohlstandsniveau“ ist, wobei wiederum eine ausreichende Realkapitalbildung unterstellt wird. Nur unter keynesianischen Bedingungen könnte die notwendige Durchleitung der Ersparnisse in Realkapital unterbleiben. Die Autoren untersuchen deshalb die konjunkturellen Auswirkungen der Rentenfinanzierung besonders ausführlich; im Mittelpunkt stehen dabei die Rezessionsphasen, insbesondere unter den Voraussetzungen einer klassischen oder keynesianischen Arbeitslosigkeit.

Zur Problemstellung selbst (d. h. die regelgebundene Rentenanpassung) wird vorgeschlagen, die Entwicklung der Rentenhöhe und des Beitragssatzes an die „demographischen Prozesse“ zu koppeln und so eine gleichmäßige Verteilung der Lasten auf Beitragszahler und Rentempfänger zu erreichen. Dabei sollen allerdings die „sozialen Transferleistungen“ (außerhalb der eigentlichen Versicherung) aus Steuermitteln finanziert werden. Praktisch würde dies eine Rückkehr zur Idee des Staates als „dritten Beitragszahler“ bedeuten und so (ebenfalls) zu einer wesentlichen Entlastung der Rentenversicherung (als Versichertengemeinschaft) führen.

Die im März 1985 vorgelegte Studie der *OECD* über die Entwicklung der Sozialausgaben in den wichtigsten Industrieländern kann fast als Ergänzung zu der vorstehend besprochenen Untersuchung von *Berthold* und *Külp* gewertet werden: Sie macht vor allem den Einfluß der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklung in den 60er und den 70er Jahren auf die Sozialausgaben deutlich. Während in der 60er Jahren das kräftige Wirtschaftswachstum eine überproportionale Ausdehnung der Aufwendungen für die sozialen Dienste erlaubte, hat sich in den letzten Jahren eine Trendwende zu Lasten dieser Leistungen vollzogen; in einigen Ländern ist das Wachstum der Sozialausgaben sogar recht spürbar gebremst worden, auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Die *OECD*-Studie beschränkt sich allerdings nicht nur auf die Rentenversicherung und ihre Finanzierung, sondern schließt neben der Gesundheitsvorsorge auch Ausgaben für die Bildungseinrichtungen ein. Sie fordert für diesen Gesamtbereich der „wohlfahrtsstaatlichen“ Einrichtungen effizientere und wirtschaftlichere Lösungen, wobei zum Teil offen bleibt, in welcher Richtung die jeweiligen Lösungen zu suchen wären. Entscheidend ist auch in der *OECD*-Studie die Sorge, daß ein zu großer Teil der verfügbaren Ressourcen vom Wohlfahrtsstaat in Anspruch genommen werden könnte. Die Frage nach dem Umfang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit moderner Industriestaaten wird jedoch (wie bei *Berthold* und *Külp*) lediglich aus der Sicht der Belastbarkeit gestellt. Meines Erachtens ist dies gerade für Volkswirtschaften mit tendenziell schrumpfender Bevölkerung ein zu enger Ansatz, weil mit den sozialen Dienstleistungen unter Umständen einer (ebenfalls) schrumpfenden Gesamtnachfrage entgegengewirkt werden könnte.

Die *OECD*-Studie bietet im übrigen eine Fülle von sonst nur schwer zu beschaffenden Daten über die sozialen Leistungssysteme in den westlichen Industriestaaten. Sie ist schon deshalb ein wertvoller Beitrag zu den sicherlich noch härter werdenden Auseinandersetzungen über die Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpolitik in den kommenden Jahrzehnten.

Gerhard Zweig, Bonn